

Ab sofort können Sie unseren Rundbrief ab Nr. 606 auch im Netz auf den Startseiten der Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. (AGOM) und der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin (LWB) aufrufen. Die neueste Ausgabe wird jeweils mit einer kleinen Zeitverzögerung ins Netz gestellt, da unser Netzverwalter diese Ausgabe jeweils erst mit Ihnen empfängt.

AGOMWBW-Rundbrief Nr. 616 vom 04.12.2012

Inhalt:

A. Berichte

- 1) Bericht über die Studienfahrt der Landsmannschaft Westpreußen Berlin nach Breslau (08. bis 12.10.2012)
- 2) Europarat reklamiert gravierende Defizite Polens für deutsche Volksgruppe
- 3) Studie zur NS-Vergangenheit des Gründungspräsidiums des BdV

B. Veranstaltungen

- 1) Donnerstag, 06.12.2012, 18.30 Uhr: WBW-Vortrag "Hitler und Piłsudski – Versuch einer deutsch-polnischen Freundschaft (1930-1939)" von Prof. Dr. Dieter Hertz-Eichenrode, Berlin
- 2) Freitag, 07.12.2012, 19.00 Uhr: AGOM-Vortrag „Katharina von Bora – der Morgenstern von Wittenberg“ von Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel, Berlin
- 3) Sonnabend, 08.12.2012, WBW-Tagesfahrt: "Schneeberg im Westerzgebirge"
- 4) Montag, 10.12.2012, 18.15 Uhr: Öffentliche Ringvorlesung „Zwangsmigration in Europa“: „Vielvölkerstaat versus Nationalstaatsidee – Die Strukturprobleme der späten Habsburger Monarchie 1848-1914“ von Prof. Dr. Matthias Stickler, Würzburg

A. Berichte

Zu 1)

Bericht über die Studienfahrt der Landsmannschaft Westpreußen Berlin nach Breslau (08. bis 12.10.2012)

Im „Magazin der Evangelischen Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, Berlin-Schöneberg, Nr. 43 (Dezember 2012/Januar / Februar 2013)“, ist auf den Seiten 45 bis 49 ein Bericht über die Breslau-Studienfahrt erschienen. Verfasser ist Reinhard M.W. Hanke. Das Gemeindemagazin mit diesem Beitrag kann im Internet aufgerufen werden:

www.zwoelf-apostel-berlin.de/download/gemeindemagazin43.pdf





Bildschöne Renaissance: das Breslauer Rathaus auf dem Ring: Ostseite. Ganz rechts die Staupsäule (Pranger). Aufnahme: Reinhard M.W. Hanke, 2012/10/09.

Zu 2)

Pressemitteilung Nr. 12 des Bundes der Vertriebenen vom 16. November 2012

BdV-Präsidentin Erika Steinbach:

Europarat reklamiert gravierende Defizite Polens für deutsche Volksgruppe

Zum Bericht des Europarates zur Anwendung der „Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen“ in der Republik Polen und speziell zur Förderung der deutschen Minderheit erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB:

Ich begrüße den ausführlichen Staatenbericht zur Lage der deutschen Sprache als Minderheitensprache in Polen. Der Sachverständigenausschuss schildert darin sorgfältig und umfassend die Lage und den Stellenwert des Deutschen als Unterrichts- und Minderheitensprache für die deutsche Volksgruppe in Polen auf der Basis der von Polen eingegangenen Verpflichtungen.

Es wird deutlich, dass neben einigen erfüllten Verpflichtungen nach wie vor zahlreiche gravierende Defizite in Polen vorhanden sind, so dass zu hoffen bleibt, dass die unterbreiteten Verbesserungsvorschläge jetzt auch umgesetzt werden.

Dabei ist es auch Aufgabe der deutschen Bundesregierung, auf die Erfüllung der polnischen Verpflichtungen hinzuwirken.

Der Sachverständigenausschuss des Europarates mahnt an:

- Unterricht in Deutsch auf Vorschul-, Grundschul- und Sekundarschulniveau anzubieten und in den Gebieten, in denen Deutsch gebraucht wird, Kontinuität von der Vorschulerziehung bis zur Sekundarschulbildung sicherzustellen,
- für die Aus- und Weiterbildung von entsprechenden Lehrkräften zu sorgen,
- in einer großen Zahl von Gebieten, in denen Deutsch herkömmlicherweise gesprochen wird und Deutschsprachige in einer für die aktuelle Verpflichtung relevanten Anzahl leben, muss die deutsche Sprache auch bei den örtlichen und regionalen Behörden verwendet werden dürfen, selbst wenn der Schwellenwert von 20 Prozent nicht erreicht wird,
- den Sprechern von Regional- oder Minderheitensprachen die gesetzliche Möglichkeit einzuräumen, mündliche oder schriftliche Anträge in ihren Sprachen auch in Distrikten (powiaty) und Woiwodschaften zu stellen, in denen die Zahl der Sprecher groß genug ist,
- den Gebrauch oder die Annahme von deutschen Ortsnamen auch durch diejenigen örtlichen und regionalen Behörden zuzulassen und/oder dazu zu ermutigen, in deren Zuständigkeitsbereich Deutschsprachige den Schwellenwert von 20 Prozent zwar nicht erreichen, aber eine Sprechergruppe darstellen, die für den Zweck dieser Verpflichtung groß genug ist,
- zur Einrichtung mindestens eines öffentlichen Hörfunksenders und eines öffentlichen Fernsehkanals in Deutsch, zu empfangen in allen Gebieten, in denen Deutsch gesprochen wird, zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern,
- bei der Verfolgung ihrer Kulturpolitik im Ausland die deutsche Sprache und die in ihr zum Ausdruck kommende Kultur angemessen zu berücksichtigen,
- die Verbesserung und Kontrolle der Zuschüsse. Polen wird vom Sachverständigenausschuss aufgefordert, das System der Gewährung von Zuschüssen zum Unterricht in Regional- oder Minderheitensprachen zu verbessern und so die Kontinuität des Unterrichts sicherzustellen.

Polnische Behörden sollen vor allem die Verwendung der Zuschüsse regelmäßig kontrollieren.

Ich unterstütze diese Anliegen.

Die deutsche Sprache ist für die deutsche Minderheit in Polen wesentlicher Bestandteil ihrer Identität und Kultur. Über Jahrzehnte hinweg war sie ihr strikt verboten. Es besteht dringend Nachholbedarf.

Sie muss auf breiter Ebene gefördert werden.

Es kann und darf nicht bei der jetzigen Praxis bleiben.

Polen ist verpflichtet die deutlichen Aufforderungen des Europarates umzusetzen.

Die Feststellungen des Sachverständigenausschusses müssen aber auch Eingang in die Gespräche zwischen Deutschland und Polen finden. Hier ist die Bundesregierung gefordert, mehr als bisher zu tun.

Der deutschen Minderheit kommt für die deutsch-polnischen Beziehungen eine wichtige Brückenfunktion zu. Diese wird sie umso besser erfüllen können, wenn sie in Polen ausreichend gefördert, sowie als selbständiges und bereicherndes Element wahrgenommen wird.



Über die Lage der Deutschen in der Republik Polen informiert ständig und zuverlässig:

AGMO e.V. - Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen

Breite Str. 25, 53111 Bonn, Tel. 0228/636859, Fax 0228/690420, Mail: info@agmo.de

<http://www.agmo.de/aktuelles/mitteilungen/>

Zu 3)

Pressemitteilung Nr. 13 des Bundes der Vertriebenen vom 19. November 2012

Studie zur NS-Vergangenheit des Gründungspräsidiums des BdV schafft Klarheit für eine ernsthafte Debatte

Zu der vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Studie von Michael Schwartz „Funktionäre mit Vergangenheit“ zum Gründungspräsidium des BdV und dessen politischen und militärischem Verhalten im „Dritten Reich“ erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB:

Ich begrüße, dass nunmehr infolge des durch den BdV im Oktober 2007 in Auftrag gegebenen Gutachtens eine umfassende Studie über die NS-Belastung der früheren Präsidiumsmitglieder unseres Verbandes vorliegt.

Darin wird für mich wenig überraschend deutlich, dass eine überwiegende Anzahl der damaligen Präsidialmitglieder in sehr unterschiedlicher Weise in das NS-Regime eingebunden oder durch eigene NS-Aktivitäten belastet war. Wir haben durch diese Studie mehr über sie erfahren.

Wie ist dieser hohe Anteil zu erklären?

Ein Millionenheer an Entwurzelten versuchte verzweifelt wieder Grund unter die Füße zu kriegen. Organisationsstrukturen dafür gab es nicht. So ist erklärlich, dass es Männer mit zuvor gesammelter organisatorischer Erfahrung waren, die das Heft in die Hand nahmen.

Ganz offenkundig hat sich aber auch diese erste Verbandsspitze des BdV engagiert in unsere Demokratie eingebracht. An der Eingliederungs- und Lastenausgleichsgesetzgebung hat der BdV maßgeblich mitgewirkt.

Alle BdV-Präsidenten waren Mitglieder des Deutschen Bundestages. Sie gehörten entweder CDU, SPD oder CSU an.

Die Präsidenten, die unseren Verband besonders geprägt haben, waren der vom Nationalsozialismus verfolgte sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch und der Christdemokrat Herbert Czaja, der erwiesenermaßen in Opposition zum nationalsozialistischen Regime stand. Er weigerte sich, der NSDAP beizutreten. Von ihm wurde der Verband 24 Jahre geführt.

Viele Säulenheilige des deutschen Nachkriegsgeisteslebens wie Günter Grass oder Walter Jens müssen inzwischen mit ihrer nicht ganz so lupenreinen Vita leben, die sie uns vorgespielt haben. Trotzdem trugen sie nach 1945 Wesentliches zu unserer demokratischen Kultur bei.

Es gab 8,5 Millionen Mitglieder der NSDAP.

Wir wissen heute, dass quer durch alle Gesellschaftsschichten, alle Ebenen der Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Medien und Politik ehemalige Mitglieder der NSDAP Einfluss hatten.



Dreh- und Angelpunkt des Vortrags soll die Tatsache sein, dass Hitler stets mit großer Bewunderung von Piłsudski gesprochen hat (auch nach dessen Tod 1935) und andererseits Piłsudski auf Hitler einige politische Hoffnungen setzte. Eine Folge davon war das Deutsch-Polnische Freundschaftsabkommen vom 26.01.1934.

Von einer persönlichen Freundschaft zwischen beiden im engeren Sinne kann natürlich nicht die Rede sein (deshalb das Fragezeichen im Titel), aber den Versuch, eine politische Freundschaft zwischen Deutschland und Polen anzubahnen, hat es dennoch gegeben. Und dabei haben Hitler und Piłsudski eine maßgebliche Rolle gespielt.

D. H.-E.

Zum Referenten:

1932 geboren in Dabrowa (Kr. Neutomischel)

1951 Abitur in Halle/Saale

1951-57 Studium der Geschichte an der FU Berlin, Abschluss Dr. phil.

1959-71 Assistent/Akademischer Rat am Institut für politische Wissenschaft Berlin

1971 Habilitation, Ernennung zum Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin

1997 Pensionierung

Veröffentlichungen:

(mit Werner Conze) Karl Marx. Manuskripte über die polnische Frage 1863-1864 (1961)

Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930 (1969)

Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung 1925/26 (1982)

Deutsche Geschichte 1871-1918, 2 Bde. (1992, 1996)

Zu 2)

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin
Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

376	<u>Freitag</u>	07. Dezember 2012,	19.00 Uhr
	<u>Thema</u>	Katharina von Bora – der Morgenstern von Wittenberg. (Mit Medien).	
	<u>Referent</u>	Dipl.-Ing. Wolfgang L i e b e h e n s c h e l , Berlin	
	<u>O r t :</u>	Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West, Hans-Sachs-Str. 4 D, 12205 Berlin	

Katharina von Bora, eine 1523 dem Kloster Marienthron zu Nimbschen entflozene Zisterzienserin, heiratete im Jahr 1525, den inzwischen zum Professor der Theologie der Leucorea in Wittenberg avancierten Augustiner-Mönch Martin Luther (1483 - 1546). Sie wurde 1499 in Hirschfeld geboren und starb 1552 auf der Flucht vor der Pest in Torgau. Katharina, die Luther oft - durchaus liebe- und respektvoll - sein Herr Käthe oder seine Kette, Saumärkerin, seine Bahre statt Bora, sein Liebchen, seinen Morgenstern nannte, gebar ihm drei Jungen und drei Mädchen. Zwei der Mädchen starben jung. - Katharina stammte aus dem niederen Meißner Land-Adel, hatte jedoch teilweise Vorfahren, die in höchsten Adelskreisen zu finden sind. Die Ritterfamilie von Bora entstammte dem wendischen Adel, der südlich der Miriquidiwaldgrenze zwischen Meißen und Nossen ansässig war. - Katharina kam auf Veranlassung ihrer Stiefmutter schon 1505 in ein Kloster, ihr Vater ließ dann die erst 9-Jährige 1508/09 ins Kloster Marienthron aufnehmen, wo er eine leibliche Schwester Magdalena als Nonne wußte, die spätere "Muhme Lene" im Lutherhaus. - Katharina und ihr Ehemann Martin haben die Herkunft der Katharina nur in Bruchstücken erzählt. Vieles hierüber bleibt im Dunkel der Geschichte, vieles ist Plausibilität. Die arme Nonne Katharina brachte großes Wissen und eine so enorme Arbeitsleistung ins Schwarze Kloster zu



Wittenberg mit, daß sie dem "ewigen Junggesellen" Luther schließlich die unentbehrliche, liebevolle und innigst geliebte Gattin wurde, die auch die Studenten-Mensa im Lutherhaus Wittenberg durch ihre eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, z.B. aus dem Gute Zulsdorf, erfolgreich führte. Woher hatte sie das? Infolge eines Unfalles auf der Flucht vor der Pest starb sie 1552 in Torgau. Der Vizekanzler der Universität Wittenberg, Paulus Eberus, ehrte sie durch eine Trauerrede, die Philipp Melanchthon verfasst hatte. Vor wenigen Jahren ist ihr in Torgau ein Museum eingerichtet worden.

Wolfgang Liebehenschel , geboren 1935 in Görlitz/Niederschlesien OL, verheiratet, eine Tochter, Besuch der Grundschule 1942 bis 1950, Abitur in Görlitz 1955, Anerkennungsprüfung zum Ostabitur am Berlin-Spandauer Freiherr-vom-Stein-Gymnasium 1956, Studium der Architektur 1956-1959 an der TH Darmstadt, Büropraktikum in Frankfurt/Main und Gießen, 1960-1965 Technische Universität Berlin, Diplom-Ingenieur Architekt, freiberufliche Tätigkeit, 1965-1968 Baureferendar beim Senat von Berlin West, 1969 Postbauassessor, 1970 Postbaurat der Landespostdirektion Berlin im Referat Funkbauten (auch aller Funkverbindungen der Alliierten), 1973 in Münster, 1975 Oberbaurat und Hochbauamtsleiter in Berlin-Kreuzberg, 1976 Baudirektor, Leitende Funktion bei der IBA '84, 1991 Leitender Baudirektor, Unterer Denkmalschützer für Kreuzberg. Seit 1992 als Lutheriden-Vorstandsmitglied (Nachfahren Martin Luthers bis heute) untersuchte er 1999 die unklare genealogische Herkunft der Mutter Margarethe Lindemann und der Ehefrau des Reformators, Dr. Martin Luthers, der Katharina von Bora. 2009-2011 Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien in Berlin.

Zu 3)

Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

TF 12-08 Sonnabend, 08. Dezember 2012:

Schneeberg im Westerzgebirge.

Leitung: Diplom-Geograph Reinhard M.W. H a n k e , Berlin

Abfahrt 08.30 Uhr, Löwentor des Zoologischen Gartens, Hardenbergplatz,

Rückkehr voraussichtlich gegen 22.30 Uhr am Löwentor.

Teilnahmegebühr: € 45,00 für Mitglieder / € 50,00 für Gäste

(Betrag bitte überweisen!)

Auf der Fahrt werden € 2,00 für Eintritte und Führungen vereinnahmt.

Schneeberg im Westerzgebirge gehört mit seinen rund 16.000 Einwohnern zum Städtebund Silberberg an der Silberstraße. Der Stadtkern liegt auf dem 470 m hohen, namengebenden Schneeberg, so dass die markante St. Wolfgangskirche weithin sichtbar ist, die im Stadtgebiet liegenden Schneeberg, Wolfsberg und der Mühlberg (520 m) finden sich auch im Wappen der Stadt.- Die Geschichte der Stadt ist vom Bergbau geprägt und ihr verdankt die Stadt auch ihre Gründung am 6. Februar 1471. Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts wurde der ursprüngliche Silberbergbau vom Abbau von Cobalt und Bismut abgelöst.- Zwischen 1946 und 1956 wurde von der SAG/SDAG Wismut Uranbergbau betrieben. Radongase von den Abraumhalden hatten schon in der Vergangenheit Lungenkrebs („Schneeberger Krankheit“) hervorgerufen, was erst am Ende des 19. Jahrhunderts erkannt worden war. Im März 1957 endete der gesamte Schneeberger Bergbau. Im Laufe der Jahrhunderte waren in Schneeberg etwa 250 Tonnen Feinsilber, 77.500 Tonnen Wismut- und Kobalterze und rund 210 Tonnen Uran gewonnen worden.

Neben der oben erwähnten St. Wolfgangskirche besitzt Schneeberg noch viele weitere sehenswerte Baudenkmale. Wir werden u.a. das Museum für bergmännische Volkskunst (Führung) besuchen und im Rahmen des Lichtelfestes den Bergaufzug mit der Bergbruderschaft „Schneeberger Bergparade“ usw. besuchen.

Die Bergbaulandschaft um Schneeberg und Neustädtel bildet den Kern des angestrebten UNESCO-Welterbes Kultur- und Montanlandschaft Erzgebirge.



Zu 4)

Montag, 10. Dezember 2012, 18.15 Uhr

Prof. Dr. Matthias Stickler, Würzburg:

„Vielvölkerstaat versus Nationalstaatsidee – Die Strukturprobleme der späten Habsburgermonarchie 1848-1914“.

Veranstaltungsort: Festsaal der Humboldt-Universität zu Berlin, Luisenstraße 56, 10115 Berlin-Mitte.

Anmeldung: Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Frau Leonie Mechelhoff,
Tel.: 030-206 29 98 11, Fax: 030-206 29 98 99,

veranstaltungen@sfvv.de

www.sfvv.de

Bitte, beachten Sie: zu Vorträgen müssen Sie sich nicht anmelden, wohl aber zu Wanderungen und Friedhofsführungen der AGOM (Frau Jöst, Ruf: 030-712 15 34) und zu Tages- und Studienfahrten von Landsmannschaft Westpreußen/Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg (Hanke, Ruf: 030-215 54 53).

Beachten Sie, bitte, auch die Fristen für die Einzahlungen der Teilnehmergebühren.

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme!

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard M.W. Hanke

Ruf: 030-215 54 53, Fax: 030-21 91 3077; Büro Di 10-12 Uhr, Ruf: 030-257 97 533.